

Gemeinde Bindlach



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates

vom 4. Februar 2019
Sitzungssaal im Rathaus

Vorsitz:

2. Bürgermeister Klaus-Dieter Jaunich

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:00 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

- 1 Werner Bauernfeind
- 2 Christian Brunner
- 3 Wolfgang Fischer
- 4 Werner Fuchs
- 5 Andreas Heußinger
- 6 Berthold Just
- 7 Xenia Keil
- 8 Stefanie Kolanus
- 9 Markus Kratzer
- 10 Klaus Langer
- 11 Alfred Lautner
- 12 Udo Lindlein
- 13 Holger Maisel
- 14 Neithard Prell
- 15 Winfried Rohr
- 16 Helmut Steininger

Entschuldigt sind:

- | | |
|----------------------|--------|
| 17 Gerald Kolb | krank |
| 18 Werner Hereth | Urlaub |
| 19 Jürgen Masel | |
| 20 Rosemarie Schmidt | krank |

Verwaltung:

Roland Lerner
Karl-Heinz Maisel

Weiterhin anwesend:

Bernd Hofmann	Ortssprecher
Udo Bartsch	Presse

Aktuelle Bürgerviertelstunde

Keine Wortmeldungen

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2019
2. Bekanntgaben
3. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses Bindlach;
a) Abschlussbericht zur Planung nach Leistungsphase 3
b) Weitergabe der Planunterlagen für eine europaweite Ausschreibung der Architektenleistungen
4. Ehem. Schulgebäude und Feuerwehrgerätehaus Haselhof;
Sanierung der Gebäude oder Ersatzbau
5. Brandschutz - Notwendigkeit zur Vorhaltung einer Drehleiter
6. Verschiedenes

1. Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2019

Sachverhalt:

Die Niederschrift wurde den Gemeinderäten über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch von Werner Fuchs wird der Sachverhalt unter TOP 12 um den Antragstext der CSW-Fraktion ergänzt. Unter „Verschiedenes“ wird eine Frage zu möglichen Kosten der Grundstückseigentümer im Wasserschutzgebiet Ramsenthal vermerkt. Xenia Keil bat, die TOP's 5 und 6 mit ihrer Bitte zu ergänzen, künftig die erforderlichen Öko-Ausgleichsflächen auf dem Gebiet der Gemeinde Bindlach auszuweisen. Anschließend genehmigte das Gremium die Niederschrift.

2. Bekanntgaben

Sachverhalt:

Machbarkeitsstudie zur Schule Bindlacher Berg

Das Architekturbüro Just gab das günstigste Angebot zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie KiTa Bindlacher Berg ab. Deshalb erteilte der Bürgermeister diesem Architekturbüro den Auftrag.

3. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses Bindlach; a) Abschlussbericht zur Planung nach Leistungsphase 3 b) Weitergabe der Planunterlagen für eine europaweite Ausschreibung der Architektenleistungen

Sachverhalt:

Der anwesende Architekt Günther Lenk erläuterte den bisherigen Planungsstand. Die archäologischen Bodenuntersuchungen sind beendet. Die Objektplanung bis Leistungsphase 3 ist soweit abgeschlossen.

Offener Punkt war noch die Gründung. Das AB Lenk hat sich mit der Pfahlgründung befasst und die Ergebnisse dem IB Raps zur Gegenüberstellung weitergereicht. Nach Abschluss der Entwurfsplanung ergibt sich folgende Kostensituation: Bebaubarmachung des Grundstückes 309.000 €, Bauwerkskosten ohne Technik 3,99 Mio. €, Technischer Ausbau 1,75 Mio. €, Außenanlagen 570.000 €, Einrichtung geschätzt 70.000 €, Baunebenkosten mit einzelnen Fachplanern 1,085 Mio. €. Dadurch ergibt sich eine Gesamtsumme mit Turm und Zisterne in Höhe von rd. 7,78 Mio. €. Die Kosten liegen somit im Rahmen der Werte der BKI Baupreissammlung. Die Freianlagenplanung ist im Kontext mit dem Gebäude, Parkflächen und Übungshof festgelegt. Die Entwässerung wird getrennt soweit möglich außerhalb des Gebäudes organisiert. Die Auffüllung im Zuge der Hochwasserfreilegung muss in Kooperation mit der Freianlagenplanung erfolgen. Die Verlegung der Hauptkanaltrassen außerhalb des Gebäudes sollte vor der Auffüllung mit Muschelkalkstein abgeschlossen sein. Dies ist zweckmäßigerweise mit dem IB Wolf abzustimmen. Die Tragwerksplanung erläuterte der Statiker Helmut Raps. Es wurden 2 mögliche Gründungsvarianten untersucht. Sowohl die Brunnen- wie auch die Pfahlgründung werden rd. 280.000 € kosten. Es wird empfohlen, in der Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) zu berücksichtigen, dass dem Unternehmer/Anbieter überlassen bleibt, welche Gründungsart er wählen will. Jede Firma hat ihren eigenen Stärken und Verbindungen zu Partnerfirmen. Nebenangebote sollten für diesen Teilleistungsbereich zugelassen werden. Für den Turm ist eine Spezialgründung notwendig, deshalb hat man dies mit einer Zisterne gelöst, die bis auf die tragfähige Kiesschicht gründet. In der Zisterne wird das Regenwasser gesammelt und für Übungszwecke hergenommen. Das Ingenieurbüro Ackermann hat viele Varianten zum Thema Heizung ausgearbeitet. Das wirtschaftlichste System wird eine Gastherme in Verbindung mit einer Luftwärmepumpe in Ergänzung mit einer Photovoltaikanlage sein. Energiepfähle sind unwirtschaftlich und bringen auch nicht die benötigte Wärme. Frau Schulze hat das Bodengutachten mit dem Tragwerkplaner abgestimmt und beide Gründungsarten untersucht. Die Bodenuntersuchungen erfolgten punktuell. Wenn die Muschelkalkauffüllung zur Hochwasserfreilegung erfolgt, ist das IB Schulze einzubinden, damit die Gründungssituation entsprechend berücksichtigt wird. Das Auffüllprofil soll mit einem Dachprofil ausgeführt werden, damit Niederschlagswasser abgeleitet werden kann. Die Hochwasserfreilegung stimmt das IB für Tiefbautechnik (Herr Wolf) mit dem Wasserwirtschaftsamt ab. Sollte der Gemeinderat die Hochbauplanung nun als abgeschlossen betrachten, können die Unterlagen vom AB Lenk für die Weitergabe an das VGV-Verfahren zusammengestellt werden.

Beschluss:

Zu b) Der Gemeinderat erkennt die vom Architekturbüro Lenk und den Fachbüros vorgestellte Planung für das Feuerwehrgerätehaus Bindlach mit Abschluss der Leistungsphase 3 an. Die Pläne dienen als Unterlage für die erforderliche europaweite Ausschreibung der Architektenleistungen und werden den Bietern als Grundlage zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0

4. Ehem. Schulgebäude und Feuerwehrgerätehaus Haselhof; Sanierung der Gebäude oder Ersatzbau

Sachverhalt vom 17. Dezember 2018

Das Ingenieurbüro Ruppert + Felder hat in seinem Gutachten zur Ursachenermittlung der Setzungsschäden festgestellt, dass die Schadensursache in den Wassergehaltsänderungen der sich im Untergrund befindlichen Tone zu vermuten ist.

Zur Sanierung wurde eine Unterfangung der Fundamente vorgeschlagen. Dabei muss zuerst das Erdreich vor den Fundamenten abgegraben werden. Dadurch kann es zu weiteren Nachsetzungen kommen. Zudem kann bei einer konventionellen Unterfangung kein Ausgleich der bereits eingetretenen Setzungen durch leichtes Anheben des Gebäudes erfolgen. Nach Aussage des Bodengutachters sollte das gesamte Gebäude und der Kamin unterfangt werden. Das Gebäude wird bisher mit einem Ölofen im Gruppenraum beheizt. Der Toilettenflur wird direkt aus dem Gruppenraum erreicht. Dadurch muss bei Feuerwehrrnutzung auch stets durch den Gruppenraum gegangen werden. Umkleideräume und Duschen für die Feuerwehr sind nicht vorhanden. Für die Reparatur der vorhandenen Schäden ermittelte Architekt Just folgende Kosten:

Sanierung des Altbaus,	
Kosten für Außenwände	60.000 €
Sanierung des Innenbereiches	80.000 €
Dacherneuerung	30.000 €
Baunebenkosten	<u>30.000 €</u>
Gesamtkosten	rd. 200.000 €

Anbau zum FF-Haus/Unterfangung	65.000 €
Innere Sanierungsmaßnahmen	25.000 €
Nebenkosten	<u>18.000 €</u>
Gesamtkosten für den Anbau	108.000 €

Die Gesamtkosten für die Sanierung von Alt- und Anbau werden somit auf rd. 308.000 € geschätzt.

Alternativ könnte der Zwischenbau und die Feuerwehrrfahrzeughalle abgebrochen werden, während der Altbau mit seinen Sandsteinwänden erhalten bleiben sollte (200.000 €). Mit dem Abbruch entstünde für die Neuplanung mehr Gestaltungsraum und kalkulierbare Kosten. Neben dem Anbau von 1988 oder seinem „Ersatzbau“ wäre dann eine neue Fahrzeughalle zu errichten. Es würden zusätzlich Umkleideräume und ein Heizungsraum entstehen. Die Kosten eines Ersatzbaus für das bisherige Feuerwehrrhaus inklusive Zwischenbau mit Umkleideräumen und WC-Anlagen werden auf rd. 400.000 € geschätzt. Eine neue ca. 1 m breitere Fahrzeughalle mit zwei Toren kostet voraussichtlich 330.000 €. Dadurch ergeben sich Gesamtkosten für diese Alternative in Höhe von rd. 930.000 €.

Christian Brunner wollte wissen, ob die Gemeinde für dieses Bauvorhaben mit Fördermitteln rechnen könnte. Das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) hat Kämmerer Lerner mitgeteilt, dass es für die reine Hochbaumaßnahme Gebäudesanierung oder Neubau keine Fördermittel gibt. Alfred Lautner ist der Meinung, dass auch das Sandsteingebäude nicht erhalten werden müsste. Es sollte ein neues Gebäude für die Feuerwehr und die Landjugend errichtet werden. Dieser Meinung schloss sich Stefanie Kolanus an. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten könnten schließlich wieder Risse am Altbau auftreten. Deshalb beantragte sie als weitere Alternative, Kosten für einen gesamten Neubau zu ermitteln. Neithard Prell ergänzte, dass die neu geschaffenen Räume ein Zentrum für die Bürger des Ortsteiles Euben werden sollten. Mit einem Neubau würde ein Zukunftsprojekt entstehen. Xenia Keil erklärte, sie hätte das Gebäude bisher nicht von innen gesehen, deshalb könnte sie heute keine Entscheidung treffen. Werner Hereth beantragte, noch andere Architekten mit Kostenermittlungen für die Altbausanierung und Neubau zu beauftragen. Schließlich fasste das Gremium folgende Beschlüsse:

Vor Beschlussfassung über die Sanierung der Gebäude oder Errichtung von Neubauten findet am 16.01.2019 vor der Bauausschusssitzung eine Besichtigung der Innenräume der Gebäude statt. Wenn möglich, sollte Herr Winkler vom ALE auch teilnehmen.

Der Antrag von Werner Hereth mit Beauftragung weiterer Architekten wurde abgelehnt.

Sachverhalt vom 04. Februar 2019

Am 16.01.2019 besichtigten die interessierten Gemeinderäte die Gebäude. Mit Herrn Winkler vom Amt für Ländliche Entwicklung wurde das Objekt am 29.01.2019 besichtigt. Herr Winkler hat ausdrücklich dazu geraten, den Sandstein-Altbau nicht abzureißen sondern an defekten Stellen zu sanieren. Soweit es sich nicht um reine Feuerwehrangelegenheiten handelt, ist ein solches Ortsteilzentrum, das auch der Landjugend und der Gemeinde (Wahllokal) dient und vom Feuerwehrverein für Veranstaltungen genutzt wird, im Zuge einer einfachen Dorferneuerung förderfähig. Gemeinschaftliche Nutzungen von Feuerwehr und anderen Nutzern würden dann prozentual aufgeteilt. Die Bagatellgrenze liegt bei 25.000 €, die Obergrenze für einen Neubau bei 150.000 € und für einen Umbau bei 200.000 € der förderfähigen Baukosten. Die Förderung beträgt im Zuge der Dorferneuerung 50 % + 5 % ILE-Bonus. In wie weit auch das Programm „Innen statt Außen“ anwendbar ist, muss noch geklärt werden. Hierzu ist zu prüfen, ob die Fördervoraussetzungen von der Gemeinde im Zuge einer „Selbstbindeerklärung“ erfüllt werden können. Die Gemeinde müsste sich mit Beschluss verpflichten, vorrangig auf die Innenentwicklung zu setzen und auf die Neuausweisung von Bauflächen zu verzichten bzw. Bauflächen aus dem Flächennutzungsplan zurückzunehmen. Eine sofortige Antragstellung wäre möglich, Zeichnungen sind dazu nicht erforderlich. Erst nach Zustimmung des ALE zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn kann die Gemeinde mit den Planungen beginnen.

Für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses ist eine Förderung von 28.875 €, evtl. auch 57.750 € unter folgenden Voraussetzungen möglich: Die Fahrzeughalle muss 5,50 m breit sein und eine lichte Länge von 10 m haben. Vor der Halle muss eine Fläche von 10 m x 4,5 m vorhanden sein. Es sind Lagerflächen von mindestens 12 qm, getrennte WC-Bereiche für Männer und Frauen, getrennte Umkleidebereiche für Männer und Frauen (Schwarz-weiß-Trennung) erforderlich. Die Feuerwehrkleidung darf nicht in der Fahrzeughalle untergebracht werden. Der Umkleidebereich muss für jeden aktiven Feuerwehrmann mindestens 1,2 qm groß sein. Architekt Just stellte eine Grundrisssskizze vor, welche diese Anforderungen erfüllt. Seine Kostenschätzung hat er bereits in der Sitzung am 17.12.2018 genannt.

Verschiedene Gemeinderäte wiesen darauf hin, dass ein eigenes Feuerwehrgerätehaus in Haselhof wichtig sei, um den Erhalt des Feuerwehrvereins Euben zu gewährleisten. Auch der Standort Euben muss aufrecht erhalten bleiben, weil dadurch im Brandfall ein schnelles Eingreifen der örtlichen Feuerwehr gewährleistet wird. Wolfgang Fischer gab zu bedenken, dass Kosten und Nutzen eines neuen Feuerwehrgerätehauses für diese kleine Wehr abzuwägen sind. Die aktiven Feuerwehrleute Euben könnten auch das Feuerwehrgerätehaus in Ramsenthal mit nutzen. Der Feuerwehrverein Euben hätte weiterhin Bestand und könnte das dann sanierte Sandsteingebäude in Haselhof für seine Veranstaltungen nutzen. Bei Feuerwehreinsätzen in Euben ist die schlagkräftige Freiwillige Feuerwehr Bindlach schnell vor Ort. Berthold Just wies darauf hin, dass seine Kostenschätzungen für Neubau bzw. Sanierung der vorhandenen Gebäude in Haselhof nur geschätzt werden konnten. Mit Ausschreibung der notwendigen Maßnahmen können die tatsächlichen Kosten ermittelt werden.

Beschluss:

Zur Feststellung der tatsächlichen Kosten für den Neubau bzw. die Sanierung der vorhandenen Gebäude werden die notwendigen Gewerke ausgeschrieben. Erst nach Vorlage der Angebote, und somit bei Feststehen der Gesamtkosten, wird das Gremium über die weitere Vorgehensweise zum Erhalt oder Ersatzbau der vorhandenen Gebäude entscheiden.

Abstimmungsergebnis: 17 : 0

5. Brandschutz - Notwendigkeit zur Vorhaltung einer Drehleiter**Sachverhalt:**

Die Gemeinde Bindlach wurde erstmals im Januar 2019 vom Landratsamt darüber informiert, zur Sicherstellung des „Abwehrenden Brandschutzes“ ein Drehleiterfahrzeug vorzuhalten. Mit Schreiben des Landratsamtes vom 24.01.2019 führt Regierungsrätin Froschauer folgendes aus: Anlässlich eines Gespräches mit der Regierung von Oberfranken zur Förderfähigkeit des 10. Stellplatzes des in Neuplanung befindlichen Feuerwehrgerätehauses in Bindlach wurden wir u. a. auf eine mögliche Sinnhaftigkeit der Beschaffung einer Drehleiter hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurde uns gegenüber der Verdacht geäußert, dass die Einsatzmittel der örtlichen Feuerwehr für einige Objekte im Gemeindebereich (höhenbedingt) nicht ausreichen könnten. Ebenfalls bestand der Verdacht, dass auch der Einsatz einer Drehleiter aus dem Stadtgebiet Bayreuth nicht innerhalb der Hilfsfrist – wie bislang angenommen – erreicht werden könnte. Beide Verdachte haben sich aufgrund einer Ortseinsicht durch das Landratsamt Bayreuth (Bauabteilung, KBR) und des örtlichen 1. Kommandanten im November erhärtet, weshalb unmittelbar eine Einsatzmittelerhöhung durch uns in die Wege geleitet worden war. In diesem Zusammenhang wurde im Landratsamt Bayreuth zunächst hausintern die rechtliche Situation der als brandschutzrechtlich überprüfungswürdig eingestuften Objekte in der Gemeinde Bindlach erörtert. Hierbei sollte eine effektive, zeitnahe Lösung zur Sicherstellung eines zweiten Rettungsweges bei den Gebäuden entwickelt werden. Insoweit wird auf die gegenwärtigen Tendenzen der höchstrichterlichen Rechtsprechung hingewiesen. Demnach sind die Gemeinden als Träger der örtlichen Feuerwehren zur Beschaffung und Vorhaltung des in ihrem Gemeindegebiet notwendigen Einsatzmittels verpflichtet. Eine Gemeinde hat zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes zum Beispiel dann eine Drehleiter vorzuhalten, wenn ohne ein solches Fahrzeug bei einem Brand in den oberen Stockwerken hoher Gebäude die Rettung eingeschlossener Personen, für die das Erreichen des Treppenhauses unmöglich geworden ist, zunächst von vornherein ausscheiden würde. Die dem Landratsamt bekannten Objekte sind dem Schreiben als Anlage beigefügt. Nach Meinung des Landratsamtes können zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der derzeitigen günstigen Fördersituation und im Hinblick auf die zu erwartende städtebauliche Entwicklung der Gemeinde Bindlach eine durchaus günstige Gelegenheit zur Anschaffung einer Drehleiter bieten.

Nach Auskunft des Direktor Schober vom Bayerischen Gemeindetag kann eine Gemeinde zur Anschaffung einer Drehleiter nur verpflichtet werden, wenn sie jahrelang Kenntnis davon hatte, dass bei Gebäuden der Brandschutz nicht gewährleistet ist. Die Bayerische Bauordnung schreibt vor, dass Gebäude mit nicht geringer Höhe über mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege verfügen müssen. Der zweite bauliche Rettungsweg ist nur verzichtbar, wenn die Feuerwehr einen zweiten Rettungsweg mit ihrer Ausrüstung sicherstellen kann. Auch bestandsgeschützte Gebäude, in denen noch keine Verpflichtung zur Schaffung eines zweiten baulichen Rettungsweges bestand, lösen keine Beschaffungspflicht der Gemeinde aus.

Drehleitern haben einen engen, spezifischen Einsatzbereich. Vor ihrer Anschaffung sollte intensiv geprüft werden, ob nicht die baurechtlichen Instrumentarien ausreichen, eine vor Ort erkannte Gefährdungslage in den Griff zu bekommen. Hat eine Gemeinde eine Drehleiter und wurde deshalb vom Bauherrn auf die Schaffung des zweiten baulichen Rettungsweges verzichtet, so ist die Gemeinde künftig zur Ersatzbeschaffung verpflichtet, wenn die bisherige Drehleiter ausgesondert wird.

In der Diskussion wurde von Gemeinderäten darauf hingewiesen, dass bisher die Hilfsfrist von 10 Minuten durch die Feuerwehr Bayreuth als eingehalten galt und dies auch heute noch so ein sollte. Die Eigentümer wären verpflichtet, den zweiten Rettungsweg mittels Brandschutztreppen nachzurüsten. Es wurde angezweifelt, dass alle Gemeinden des Landkreises Bayreuth mit ähnlich hohen Gebäuden Drehleitern hätten. Gemeinderat Maisel, der bei der Berufsfeuerwehr Bayreuth tätig ist, wies darauf hin, dass seines Wissens die Bayreuther Feuerwehr die Hilfsfrist von 10 Minuten aktuell nicht einhalten kann. Kreisbrandrat Schreck bestätigte dies und verwies nochmals auf das Schreiben des Landratsamtes, wonach die Gemeinde verpflichtet sei, die notwendigen Einsatzmittel, in diesem Fall eine Drehleiter, vorzuhalten. Auf Anfrage bestätigte er, dass Bindlacher Feuerwehrleute für den Einsatz mit der Drehleiter speziell ausgebildet werden müssten. Von Gemeinderäten wurde nachgefragt, wie schnell eine Drehleiter anzuschaffen ist. Zur Zeit besteht in der Gemeinde keine Unterstellmöglichkeit für dieses Fahrzeug. Aus diesem Grund kam der Vorschlag, erst das neue Feuerwehrgerätehaus mit Schaffung eines weiteren Stellplatzes zu errichten und die Kosten im Haushaltsplan zu veranschlagen. Nach Aussage von Frau Froschauer soll die Drehleiter kurzfristig beschafft werden. Es ist zu prüfen, wann tatsächlich Bedarf besteht (lt. Frau Froschauer 14 Tage) und wo das Fahrzeug provisorisch untergestellt werden kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Beschaffung einer Drehleiter Kosten im Haushaltsplan zu veranschlagen. Es ist noch zu prüfen, wie das Fahrzeug finanziert werden soll, wo es untergestellt werden kann und mit welchen Fördermitteln zu rechnen ist.

Abstimmungsergebnis: 16 : 1

6. Verschiedenes

Sachverhalt:

a) Baugrunduntersuchung am Feuerwehrgerätehaus Benk

Es wurden zwei Ingenieurbüros angeschrieben und um Abgabe eines Kostenangebotes für die notwendige Baugrunduntersuchung zur geplanten Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses gebeten.

b) Verkehrsanalyse St 2460

Nachdem eine Bindlacher Familie gebeten hatte, das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung allen Bürgern zugänglich zu machen, schlug Xenia Keil vor, die Unterlagen auf der gemeindlichen Homepage zu veröffentlichen.

c) Anfragen von Christian Brunner

Das Ingenieurbüro für Tiefbautechnik wurde im Herbst 2018 beauftragt, die Arbeiten zur Errichtung einer Kreisverkehrsanlage Leuschnitzstraße/ Bachwiesenweg auszuschreiben. Warum hat die Ausschreibung bisher nicht stattgefunden?

Er bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob es für den Ausbau und die Sanierung der gemeindlichen Wasserversorgungsanlage Förderprogramme gibt. Kämmerer Lerner antwortete, dass die Finanzverwaltung bereits ermittelt, ob im 25-Jahres-Zeitraum die geforderten Kosten angefallen sind, um Förderungen für Wasserversorgungsmaßnahmen zu erhalten.

In der Ortsdurchfahrt Allersdorf wurden Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Er bittet um Vorlage der Messprotokolle. Außerdem sollte die Polizei wieder Geschwindigkeitskontrollen auf der Staatsstraße in Allersdorf durchführen.

Um 21:30 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Bindlach

Klaus-Dieter Jaunich
2. Bürgermeister

Karl-Heinz Maisel
Protokollführer